Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.


# Leipziger Tageblatt
und
# Anzeiger.

**Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.**


Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

**№ 208.** Sonnabend den 26. Juli 1884. **78. Jahrgang.**


## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
**Sonntag, den 27. Juli,**
**Vormittags nur bis ½9 Uhr**
geöffnet.
**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Die in unserer Bekanntmachung vom 19. d. M. verfügte **Sperrung des Schleußiger Wegs** und eines durch das **Nonnenholz** führenden **Promenadenwegs** bleibt für nächsten **Sonntag**, den 27. d. Mts., auf die Zeit von **11 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags** beschränkt, da an gedachtem Tage nur während dieser Stunden auf dem Festplatz geschossen wird.

Leipzig, am 25. Juli 1884.

**Der Rath u. das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Bretschneider.

### Bekanntmachung.

Wegen Gasrohrlegung auf der Strecke der **Ringstraße zwischen dem Alten Amtshofe und der Centralbrücke** wird diese Straßenstrecke, ingleichen die **Dorotheenstraße** und der **Fahrweg durch den Alten Amtshof**, soweit dies die Arbeiten erforderlich machen, vom **Dienstage den 29. dieses Monats an für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 25. Juli 1884.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Kretschmer.

Wegen Reinigung der Locale bleiben die Geschäfte des Leihhauses und der Sparcasse für

**Dienstag, den 29. Juli a. c.,**

ausgesetzt und können die für diesen Tag bei der Sparcasse gekündigten Beträge schon **Montag, den 28. Juli a. c.,** in Empfang genommen werden.

Leipzig, den 26. Juli 1884.

**Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.**

Der am 24. Juni 1868 in Wolkenburg geborenen, zuletzt in Leipzig wohnhaft gewesenen Arbeiterin (Aufwärterin)

**Helene Margarethe Berthold**

ist eine Ladung zuzustellen.

Die p. Berthold hat deshalb sofort hier sich zu melden. Nachrichten über ihren Aufenthalt werden außer erbeten.

Leipzig, den 23. Juli 1884.

**Königliche Staatsanwaltschaft.**
Dr. Nagel.

Die Lieferung von ca.
2000 Centnern böhmische Nußkohle für hiesige Schule,
200 „ Braunkohlenkohle } für das Gemeindeamt
50 „ böhmische Stückkohle }
soll dem Mindestfordernden, vorbehältlich der Auswahl unter den Bewerbern, übertragen werden.

Die Lieferung hat je nach Bedarf und franco Keller zu geschehen. Offerten mit der Aufschrift: „Kohlenlieferung" sind **bis zum 30. Juli 1884** verschlossen hier einzureichen.

Connewitz, den 24. Juli 1884.

**Der Gemeindevorstand.**
Eulenstein.

### Bekanntmachung.

Die auf circa 1000 ℳ veranschlagten **Malerarbeiten** in der Stadtkirche zu Groitzsch sollen an den Mindestfordernden, jedoch unter Vorbehalt der Auswahl unter den Bewerbern, vergeben werden.

Bedingungen sind auf hiesigem Pfarramte einzusehen, wie auch daselbst Anschlagsauszüge gegen Erlegung von 1 ℳ für Copialien entgegengenommen werden können.

Die Offerten sind mit der Aufschrift: „Malerarbeiten" bis **Sonnabend, den 2. August a. c., Abends 6 Uhr,** versiegelt bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Groitzsch, den 24. Juli 1884.

**Der Kirchenvorstand.**
A. Beyer, Pfr.

### Aufgebot.

Der Enregistrements-Verificator **Carl Zeitler** zu Saargemünd hat das Aufgebot des Reichsbankantheilscheines Nr. 38861, lautend über einen Reichsbankantheil für den Büreau-Assistent **Carl Zeitler** in Straßburg i/E. in die Stammbücher der Reichsbank eingetragen ist, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf

**den 13. Mai 1885, Mittags 12 Uhr**

vor dem unterzeichneten Gerichte, Jüdenstraße 58, eine Treppe, Zimmer 21 anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Berlin, den 5. April 1884.

**Königliches Amtsgericht I, Abtheilung 48.**

## Nichtamtlicher Theil.

### Das Warschauer Attentat.

Wiederum dringt aus Rußland die Kunde zu uns, daß der Nihilismus noch lebt und daß seine Anhänger nur das Operationsfeld verändert haben. Nicht Moskau, Petersburg oder Gatschina sind zur Ausführung des neuen fluchwürdigen Verbrechens, mit dessen Vorbereitungen sie sich beschäftigen, ausersehen, sondern diesmal sollte der Schlag in Warschau geführt werden. Für den Monat August war der Besuch des Kaisers in der Hauptstadt des Königreichs Polen angesagt und deshalb wurde von dem Nihilisten-Comité in Petersburg eine Nihilistin nach Warschau gesandt, um die Correspondenz mit der Centralstelle zu vermitteln. Die Vorkehrungen scheinen sehr umfassender Natur gewesen zu sein, denn die Verhaftungen betreffen fast alle Gesellschaftsclassen mit Ausnahme des Arbeiterstandes. Als Rädelsführer gilt der Friedensrichter Bardowsky, welcher mitten aus seiner Berufsthätigkeit heraus am 10. Juli verhaftet wurde. Die Haussuchung hatte das erwartete Ergebniß; die Polizeibehörde fand in seiner Wohnung das gesammte nihilistische Arsenal, bestehend aus Revolvern, Dolchen, Dynamit und Dynamitbomben, einem Druckapparat mit Proclamationen, ferner Briefen des Revolutionscomités und dem Siegel desselben. Es wurden gleichzeitig mit Bardowsky verhaftet die bereits erwähnte Nihilistin aus Petersburg, zwei Schreiber Bardowsky's, ein Journalist Namens Poplawski, Kaufmann Kohn, 8 Studenten und mehrere Beamte der Fabriken Lilpopa und Rau. Später kamen noch hinzu der Friedensrichter Fürst Meszczerski, eine ehemalige Schülerin des Marieninstituts Namens Nowak, und endlich hat der Selbstmord des Hauptmanns Tiszewsky und des Lieutenants Kondratew die Beweise gebracht, daß auch Officiere an der Verschwörung gegen das Leben des Kaisers betheiligt waren. Das Verbrechen sollte in der Weise ausgeführt werden, daß die kaiserlichen Paläste Lazienki und Belvedere oder welches Haus der Kaiser sonst zur Residenz ausersehen sollte, in die Luft gesprengt würden.

Das Alles konnte länger als drei Jahre nach dem Regierungsantritt Alexander's III., ein Jahr nach der Krönung in Moskau und obwohl während der ganzen Zeit die Jagd auf die Anhänger des Nihilismus mit der größten Energie betrieben worden war, geschehen, ja nachdem in dem Marieninstitut in Warschau selbst schon vor fast einem Jahre ein ganzes Nihilistinnennest ausgenommen worden war. Die Polizei war bei ihren Verhaftungen anfänglich mit zu großem Eifer vorgegangen, von den 100 gefänglich Eingezogenen mußten 47 wieder entlassen werden, aber auch so blieben noch über 50 Verdächtige übrig, eine ganz enorme Zahl im Hinblick auf den verbrecherischen Zweck, welchen die Verschworenen verfolgten. Es dringt überhaupt von den Ermittlungen über die Thätigkeit der Nihilisten nur wenig in die Oeffentlichkeit, noch heute ist nicht aufgeklärt, was es mit der Verwundung des Kaisers in Gatschina für eine Bewandtniß hatte. Bekanntlich wurde zuerst gemeldet, daß ein Unfall bei der Jagd die Ursache der Verwundung sei, dann verlautete aber, daß sie durch einen Mordanfall hervorgerufen wurde. Allmälig wurde es wieder still davon. Plötzlich fiel wieder ein höherer Officier der Rache der Nihilisten zum Opfer, welcher ihnen zu scharf auf die Finger gesehen hatte, Oberst Sudeikin. Seitdem war eine längere Pause in der Berichterstattung über das Walten des Nihilismus eingetreten, so daß es fast schien, als hätte die Bewegung ihre Kraft verloren und würde nun endlich im Sande verlaufen. Aber das war nur die Ruhe vor dem Sturm, das Warschauer Attentat hat der Welt gezeigt, daß in Rußland noch Alles beim Alten ist, daß der Nihilismus dort sein Wesen heute gerade noch so treibt wie vor 3 Jahren und daß der Krieg gegen das kaiserliche Haus und die Hauptträger des russischen Regierungssystems fortdauert. Die Kampfesweise ist nur verändert, und an die Stelle der früheren wilden Energie ist mehr die stille Minirthätigkeit getreten.

Aus den betrübenden Erfahrungen der letzten 14 Tage geht die sehr ernste Thatsache hervor, daß der Nihilismus aller Anstrengungen der Sicherheitsbehörden spottet und daß die Entdeckung dieses oder jenes Revolutionsherdes niemals dazu dient, das Uebel an der Wurzel zu fassen. Verhaftungen, Processe und Hinrichtungen treffen immer nur einen Bruchtheil der Verschworenen, die Verschwörung selbst arbeitet unablässig auf das gesteckte Ziel hin und keine Wachsamkeit der Anhänger des kaiserlichen Hauses kann daran etwas ändern. Auch in Warschau werden wir jetzt wieder das Schauspiel eines großen Nihilistenprocesses haben, welcher voraussichtlich mit der Verurtheilung einer größeren Anzahl Personen enden wird. Die Hinrichtung der Hauptschuldigen bildet dann den Schluß des Gerichtsdramas, aber die Bewegung selbst ist dadurch kaum unterdrückt. Man sollte meinen, wenn die Correspondenz mit den Leitern der Verschwörung sich in den Händen der Polizei befindet, dann müßte es auch gelingen, der Organisation des Nihilismus die Lebensadern zu öffnen, aber leider lehrt die Erfahrung, daß die treibenden Kräfte sich in unnahbares Dunkel hüllen, daß immer nur vorgeschobene Posten den Sicherheitsbehörden in die Hände fallen. Es ist nun bereits sechs Jahre her, daß der Nihilismus den russischen Staat untergräbt, Kaiser Alexander II. ist das Opfer von Mörderhand geworden und es stehen wiederum Mörder bereit, um auch dem Leben seines Sohnes und Nachfolgers ein Ziel zu setzen. Aus der teuflischen Hartnäckigkeit, mit welcher die Nihilisten zu Werke gehen, ist ersichtlich, daß es auf dem bisher befolgten Wege nicht gelingen wird, das Uebel mit der Wurzel auszurotten, es scheint vielmehr, daß es nur ein Mittel giebt, um der Mordlust der Nihilisten Einhalt zu thun und das ist die Befriedigung ihrer Forderungen. Das Mittel ist nicht so leicht in Anwendung zu bringen, wie es bei oberflächlicher Beobachtung der russischen Zustände scheinen könnte, die Einführung einer Verfassung, welche die Nihilisten fordern, ist vielleicht ein ebenso gefährliches Ding wie der Nihilismus selbst. Der Bürgermeister von Moskau hat gut reden, er ist gewiß bei seiner Banketrede bei Gelegenheit der Krönung von den besten Absichten geleitet gewesen, aber er möge doch nur erwägen, in welcher Weise die russischen Geschworenen den auf sie gesetzten Erwartungen entsprochen haben. Die Freisprechung der Vera Sassulitsch, einer in flagranti ergriffenen Mörderin, ist der klarste Beweis, daß selbst die wohlhabenden Russen nicht im Stande sind, die Schuldfrage bei Verbrechen zu entscheiden, sie haben gar nicht die Fähigkeit, öffentliche Angelegenheiten mit der erforderlichen Unbefangenheit zu prüfen und zu beurtheilen. Wem soll also in Rußland das Wahlrecht verliehen werden? Die Nihilisten fordern es für sich, mit Dolch, Revolver und Dynamit, als Beweismitteln für die Berechtigung ihrer Forderung ausgestattet. Wer sind die Nihilisten und wo sind sie zu finden? Sie recrutiren sich, wie der Warschauer Fall zeigt, aus allen Ständen: Richter, Officiere, Kaufleute, Studenten, sie haben sämmtlich Theil an der Verschwörung, also scheint es, daß zunächst die höheren Stände das Wahlrecht erhalten sollen. Vielleicht wäre es das Zweckmäßigste, wenn die Nihilisten selbst einen Verfassungsentwurf ausarbeiteten, dann müßte der Kaiser wenigstens ganz genau, auf welche Weise er seine Todfeinde zufrieden stellen könnte. So lange nicht in der russischen Armee und in dem russischen Beamtenstande ein strengeres Rechtsgefühl sich Bahn bricht, so lange nicht bei den sogenannten gebildeten Ständen das Bewußtsein zum Durchbruch kommt, was Recht und Unrecht, was Pflicht und Gewissen ist, so lange ist die Verleihung einer Verfassung ein ganz unmögliches und höchst gefährliches Experiment, als Vorstufe dazu ist die Verbesserung und Verallgemeinerung des Unterrichts unerläßliche Bedingung. Das russische Volk muß erst zum Gebrauch politischer Rechte erzogen werden, vor Erfüllung dieser Bedingung wäre die Verleihung politischer Rechte nur gleichbedeutend mit der Auflösung des russischen Staatswesens. In Bulgarien und Serbien lassen sich solche Experimente ohne allzu große Gefahr machen, dort läßt sich die Gesammtheit der Bevölkerung leichter übersehen und im Zaume halten, bei einem Reich wie das russische Reich ist das nicht denkbar und deshalb fordern die Nihilisten etwas Unerfüllbares.

*

### Leipzig, 26. Juli 1884.

* Der „Deutsche Reichsanzeiger" bringt folgenden Erlaß des Kaisers:

**Gesetz,**
betreffend den Reingewinn aus dem von dem Großen Generalstabe verfaßten Werke: „Der deutsch-französische Krieg 1870/71".
Vom 12. Juli 1884.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.
verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages, was folgt:

Der auf Grund des Gesetzes vom 31. Mai 1877 (Reichs-Gesetzbl. S. 523), betreffend die Verwendung eines Theiles des Reingewinnes aus dem von dem Großen Generalstabe redigirten Werke: „Der deutsch-französische Krieg 1870/71", durch Allerhöchsten Erlaß vom 21. März 1878 (Reichs-Gesetzbl. S. 13) errichteten Generalstabsstiftung wird der Reingewinn überwiesen, welcher über die Summe von 300,000 ℳ hinaus aus dem Verkaufe des Werkes erzielt worden ist und noch erzielt werden wird.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Mainau, den 12. Juli 1884.

**Wilhelm.**
von Bismarck.

* Ueber die Wahlvorgänge in Elberfeld schreibt man der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung" von dort unterm 23. d. M.:

Am gestrigen Abend tagten Freiconservative und Nationalliberale zu gleicher Zeit, aber in getrennten Versammlungen, um sich über die Candidatur für die bevorstehende Reichstagswahl schlüssig zu machen. Das Ergebniß an beiden Stellen war die einmüthige Aufstellung des Herrn Dr. [illegible], bisher in Barmen, jetzt in Godesberg wohnhaft. Die Versammlung der Freiconservativen fand unter dem Vorsitz [illegible] statt, die der Nationalliberalen unter dem des Herrn Louis Simons statt. Der letztere legte den sehr zahlreich erschienenen Parteigenossen unter allseitiger Zustimmung die Gründe dar, weshalb unter den jetzigen Verhältnissen ein Zusammengehen mit den Deutschfreisinnigen unmöglich erscheine. Da indessen den Socialdemokraten gegenüber keine einzelne Partei des Wupperthals stark genug sei, einen Candidaten durchzubringen, so habe man auf den Vorschlag der Barmer Parteigenossen in gemeinsamer Comitéberathung Herrn Dr. Fabri als Compromißcandidaten für ein Zusammengehen mit der uns zunächst stehenden Partei, den Freiconservativen, angenommen. Herr Simons schilderte sodann die hervorragende Begabung, geistige Bedeutung und Vielseitigkeit des Herrn Dr. Fabri, der auf strenggläubigem Standpunct stehe, aber durch die That zahlreiche Beweise seiner Duldsamkeit gegeben habe. Ganz besonders hob Redner den prophetischen Blick hervor, den Fabri in der Colonisationsfrage bethätigt habe, die, wie allseitig bekannt, in Deutschland recht eigentlich von ihm zuerst angeregt und weiter verfolgt worden, bis sie nun durch die Erklärungen des Reichskanzlers in eine ruhige und feste Bahn geleitet worden sei. Der Landtagsabgeordnete Sanitätsrath Dr. Graf empfahl hierauf ebenfalls in beifällig aufgenommener Rede das Zusammengehen mit den Freiconservativen, welche sich auf ehrliche Compromisse einließen. Er warf einen Rückblick auf die Geschichte der Reichstagswahlen in Elberfeld-Barmen, aus welcher die zwingende Nothwendigkeit hervorgehe, keinen einseitigen Partei-Candidaten, sondern einen Compromißcandidaten aufzustellen. Früher sei man wiederholt mit der Fortschrittspartei zusammengegangen. Nach den bekannten Vorgängen bei der letzten Landtagsnachwahl in unserm Wahlkreise und dem neueren Auftreten der deutsch-freisinnigen Partei überhaupt müßten die Nationalliberalen darauf verzichten, mit einer Partei zusammenzugehen, deren offenes Ziel es sei, die Nationalliberalen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen zu vertilgen. Schließlich empfahl Redner die Candidatur Fabri's, von dem es noch nicht sicher sei, ob er sich im Reichstage der nationalliberalen oder der freiconservativen Fraction anschließen werde. Für Herrn Dr. Fabri traten ferner die Herren Jäger und Stadtverordneter Regierungsrath Ulrich ein, der Letztere unter warmer Betonung der Verdienste des Candidaten um die deutschen Colonisationsbestrebungen. Auf diesem Gebiete sei Dr. Fabri, Vorsitzender des Westdeutschen Vereins für Colonisation und Export, anerkanntermaßen eine Autorität. Mit seiner Wahl würden wir Ehre einlegen, wenn auch vielleicht nicht im engern Sinne für unsere Partei, da wir nicht wüßten, ob er sich zu derselben bekennen würde, so doch jedenfalls für unser Vaterland. Die nationalliberale Partei habe ja aber stets das Interesse des Vaterlandes über das der Partei gestellt. Nachdem der Vorsitzende noch bemerkt, daß Herr Dr. Fabri der nationalliberalen Partei so nahe stehe, daß man ihn kaum als „Compromiß"-Candidaten, vielmehr mit voller Begeisterung als „unseren" Candidaten ansehen könne, und nachdem mitgetheilt worden, daß derselbe sich vor der Wahl seinen Wählern in einer Versammlung noch persönlich vorstellen werde, wurde, wie schon oben erwähnt, die Candidatur einstimmig angenommen. Außer der Reichstagswahl beschäftigte die nationalliberale wie die freiconservative Versammlung auch die unmittelbar bevorstehende Ersatzwahl der ersten Abtheilung für die Stadtverordneten-Versammlung an Stelle des jüngst verstorbenen, zur Fortschrittspartei gehörigen Notars Mengelberg. Als Candidat der vereinigten Parteien wurde beiderseits Kaufmann Adolf Friedrichs, Mitglied des Vorstandes des nationalliberalen Wahlvereins, ohne Erörterung einstimmig angenommen.

* Die „Karlsruher Zeitung" veröffentlicht nachstehende Erklärung:

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat anläßlich der Aufnahme eines Aufsatzes der „Badischen Correspondenz" in die „Karlsruher Zeitung" gegen die letztere zwei Artikel polemischen Inhalts veröffentlicht und dabei wiederholt politische Argumente daran geknüpft, daß sie die „Karlsruher Zeitung" als „Regierungsorgan", „officiöses Organ der badischen Regierung" u. s. w. bezeichnete. Insofern die großherzogliche Regierung hierdurch zwar indirect, aber in offenbarer Weise als Zielpunct jener Polemik genommen wird, sieht sich dieselbe zu der Erklärung veranlaßt, daß die Angriffe der „Nordd. Allg. Zeitung" sowohl in ihren Voraussetzungen wie in ihren Schlußfolgerungen jedes Grundes entbehren. Die Aufnahme des fraglichen Artikels in die „Karlsruher Zeitung" ist ohne Wissen und Wollen der großherzoglichen Regierung erfolgt. Die letztere mißbilligt den darin gegen den adeligen Großgrundbesitz, also gegen einen ganzen Stand, erhobenen beleidigenden Vorwurf selbstsüchtiger Vortheilsbestrebungen; sie würde überdies lebhaft beklagen, wenn gerade in dem Augenblicke ein Mißklang in unser politisches Leben getragen würde, da der eben geschlossene Landtag die Hoffnungen auf ein verläßliches Zusammenwirken aller gemäßigten Parteien auf sachlichem Boden in erfreulichstem Maße der Erfüllung näher gerückt hat. Schon aus diesen Gründen hat regierungsseitig irgend eine Einwirkung zu Gunsten der Aufnahme jenes Artikels nicht stattfinden können und nicht stattgefunden. Im Uebrigen ist die großherzogliche Regierung nicht erst in diesem Augenblicke, sondern schon längst eifrig bemüht, die nationalen und staatserhaltenden Elemente zu gemeinsamem Wirken im Reiche zu vereinigen; sie wird, wie bisher, alle dahin gehenden Bestrebungen der Reichspolitik freudig und werkthätig unterstützen und vermag daher den ihr nach dieser Richtung gemachten Vorwurf ebenso wie alle anderen Beschuldigungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nur auf das Entschiedenste zurückzuweisen.

* Wie die „Germania" berichtet, hat der Abg. Dr. Majunke seine Mandate für den Reichstag (Trier) und für den Landtag (Kempen-Geldern) niedergelegt, da er vom Fürstbischof von Breslau zu seelsorgerischer Thätigkeit zurückberufen worden ist. Derselbe wird vom 1. October ab seinen neuen Posten in Hochkirch bei Glogau in Schlesien einnehmen. — Die „National-Zeitung" erinnert an die Verdienste Majunke's um die „Germania" und das Centrum und findet den Contrast zwischen dem journalistischen und parlamentarischen Kampfe und der stillen Seelsorgerstelle auf dem Lande groß und in mancher Beziehung interessant, namentlich auch charakteristisch für die heutige Organisation des katholischen Klerus. — Das „Deutsche Tageblatt" schreibt aufathmend: „Hoffentlich bestätigt sich diese Nachricht, so daß es endlich heißen darf: „Majunke geht, und niemals kehrt er wieder."

* Der japanische Kriegsminister General Oyama, der Polizeiminister General Miura, der Brigadegeneral D. Nozu und die anderen hohen japanischen Officiere, sowie der Generalarzt Hashimoto und die Intendanturbeamten ꝛc., welche, von Tokio kommend, einige Zeit in Berlin sich aufhielten und auch vom Kronprinzen und den Prinzen Wilhelm und Heinrich in Potsdam empfangen wurden, sind von Berlin nach Petersburg weitergereist, von wo dieselben sich sodann auf 3 Wochen nach dem Kaukasus begeben. Von dort kommen dieselben nach Berlin zurück, um den Königsmanövern im Herbst beizuwohnen.

* Die nach Spanien und Portugal bestimmten Briefsendungen jeder Art, auch eingeschriebene und Werthbriefe, werden nach den in Spanien zum Schutze gegen die Einschleppung der Cholera aus Frankreich bestehenden Quarantaine-Vorschriften behufs der Durchräucherung mit einem scharfen Instrument durchstoßen. Es läßt sich hierbei nicht vermeiden, daß in die Sendungen eingelegte werthvolle Gegenstände, wie Werthpapiere, Photographien, Bücher, wissenschaftliche Zeitschriften ꝛc. mit durchschnitten bezw. beschädigt werden. Den Absendern solcher Gegenstände, welche Beschädigungen an letzteren vermieden zu sehen wünschen, kann daher nur angerathen werden, die Versendung mit der Briefpost nach den bezeichneten Ländern bis zur Aufhebung der Quarantaine-Maßregel auszusetzen oder auf einen anderen Weg der Uebermittelung Bedacht zu nehmen.

* * *

* Das leitende Wiener Blatt, die „Neue Freie Presse", bringt gelegentlich des in Leipzig tagenden achten deutschen Bundesschießens den folgenden Artikel an leitender Stelle:

Die deutsch-österreichischen Schützen, welche, dem Drange ihres Herzens und einer alten Gepflogenheit folgend, nach Leipzig gezogen sind, um an dem Feste des deutschen Volkes theilzunehmen, haben sich dort in Reden und Handlungen einer so taktvollen Zurückhaltung beflissen, im Brausen des Festjubels der heiklen Stellung der Deutschen in Oesterreich so wenig vergessen, daß selbst officiöse Blätter, die nicht leicht eine Gelegenheit vorbeigehen lassen, wo sie in drakonisch strenger Beurtheilung der lieben Mitbürger den eigenen untadelhaften Patriotismus können leuchten lassen, ihnen darob die Anerkennung nicht versagt haben. Es ist in Leipzig von Seiten der Festgeber manches Wort gefallen, welches Erinnerungen an die halbvergangene Zeit, wo Oesterreich noch deutsches Bundesland war, erweckte; es ist manche kaum vernarbte Wunde aufgerissen und mancher Hoffnung Ausdruck gegeben worden, daß eine bessere Zukunft an eine unvergeßliche Vergangenheit wieder anknüpfen werde; es ist auch mit manchem herzlichen Worte des schweren Kampfes gedacht worden, den die Deutschen in Oesterreich zur Stunde zu bestehen haben; aber die Oesterreicher haben tapfer jedem Anreize widerstanden, einen Ton anzuschlagen, der glauben machen könnte, daß sie sich nicht ganz und voll der Pflichten bewußt seien, welche die politische Neugestaltung seit 1866 uns auferlegt. Die deutsch-österreichischen Schützen haben wohl daran gethan. Den Schmerz, welchen uns die politische Trennung von Deutschland bereitet hat, wollen wir männlich in der eigenen Brust verschließen, und den Kampf um unsere berechtigte Stellung in Oesterreich hoffen wir allein zu bestehen, ohne das innere Zerwürfniß, welches Oesterreich nicht zur Ruhe kommen läßt, nach auswärts zu tragen. Wir sind zu stolz, um fremdes Mitleid, wäre es auch das verbrüderter Stämme, anzurufen, und wir lieben unser Oesterreich zu sehr, um mit den Wunden auf unserer Brust zu prahlen.

Dafür hätten wir aber auch erwarten dürfen, daß wenigstens diesmal die Theilnahme der Oesterreicher an einem deutschen Feste vor den Augen unserer gestrengen Richter Gnade finden und ohne die herkömmlichen Verdächtigungen vorübergehen werde. Wir haben uns getäuscht. Das angeborene Spürgenie der Czechen hat auch aus den Reden der Herren Prix und Eduard Kopp den Gedanken herausgeschnüffelt, der „hochverrätherisch im Hintergrunde lauert". Wenn sie auch inmitten des deutschen Festjubels nicht zu betonen vergaßen, daß wir Deutsche mit anderen Völkerschaften zusammenleben, mit denen wir ein gemeinsames Vaterland haben, so genügt das der hohen Inquisition des heiligen Wenzel noch lange nicht. „Das Zusammensitzen kann auch Herrschaft und Unterdrückung bedeuten". Wir sollen den Fuß küssen, der uns tritt, verlangen die Vögte unseres Patriotismus, wir sollen anerkennen, daß Oesterreich ein „Verein von der germanischen Strömung in ihrer Existenz bedrohter Völker" sei. Wir sollen absolut nicht mehr bedeuten dürfen als Slowenen und Morlaken, und der wahre österreichische Patriotismus soll darin bestehen, daß man glaubt, die Wiederherstellung des historischen Rechtes des Königreiches Böhmen werde nur durch den Druck verzögert, den Deutschland auf die inneren Verhältnisse Oesterreichs ausübt!

Ja, solche Insolenz müssen wir Deutsche in Oesterreich aus einem czechischen Blatte über uns ergehen lassen, und weil wir es anfangs versucht haben, an dieser Erbärmlichkeit mit dem Schweigen der Verachtung vorüberzugehen, so wird selbst dieses Schweigen, zu unserem Hohne, als Zustimmung gedeutet. Nun denn, so schweigen wir nicht mehr und wollen der ganzen Gesellschaft politischer Parvenus, welche das Denunciren, um dessenwillen sie sogar bei den Ungarn demüthige Abbitte geleistet, noch immer nicht lassen kann, sagen, daß unser Patriotismus die czechische Controle weder fürchtet, noch ihrer bedarf. Wir Deutsche sind nicht in Moskau gewesen, wir haben nicht die russischen Generale in Begrüßungen nach Oesterreich gebracht, wir haben niemals Beamte als k. k. Lumpe titulirt, niemals kaiserliche Rescripte auf welches Papier gedruckt, wir haben niemals mit russischen Briefe über den Beruf des Slawenthums gewechselt, niemals russischen Generalen Ovationen gebracht, niemals einem Napoleon den kürzesten Weg von